

# Handel: Zeit für eine neue Vision

## Das Alternative Handelsmandat

### Vorwort

Das Alternative Handelsmandat wurde in einem intensiven zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozess in ganz Europa entwickelt. Die Mitglieder und UnterstützerInnen der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat stimmen nicht unbedingt jedem einzelnen Detail in diesem Text zu, unterstützen aber die Ausrichtung insgesamt. Wir betrachten diesen Text als lebendiges Dokument und als Einladung an andere, sich der Debatte über die Zukunft der Handels- und Investitionspolitik der EU zu beteiligen.

Die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat ist eine Vereinigung von Entwicklungs- und Bauernorganisationen, AktivistInnen für einen gerechten Handel, GewerkschaftlerInnen, ArbeitsmigrantInnen, UmweltschützerInnen, Frauen- und Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Hilfswerken und KonsumentInnenorganisationen aus ganz Europa. Die Allianz entwickelt eine alternative Vision für eine europäische Handelspolitik, die sich nicht an den Interessen von Konzernen ausrichtet, sondern den Menschen dient und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

### Inhalt

- 1) **Handel: Zeit für eine neue Vision**
- 2) **Das Alternative Handelsmandat: die Kernprinzipien**
- 3) **Grundlage des Alternativen Handelsmandats: demokratische Kontrolle der Gestaltung von Handels- und Investitionspolitik**
- 4) **Alternatives Handelsmandat: zehn Kernbereiche**

## 1) Handel: Zeit für eine neue Vision

***Es gibt keinen Zweifel: Das von Konzernen dominierte weltweite Handelsmodell ist ein Verhängnis für Menschen, Gemeinschaften und Umwelt.***

Handel sollte es ökologisch und kulturell unterschiedlichen Regionen ermöglichen, ihre Produkte, ihr Können und ihre Kreativität gerecht zu teilen. Aber in den letzten Jahrzehnten ging es beim Handel weniger um den Gütertausch, sondern mehr um die Abschaffung von Maßnahmen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und der Umwelt, um so Unternehmensprofite zu steigern. Das vorgeschlagene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) - ist ein gutes Beispiel dafür: Die Abschaffung von Handelshemmnissen zwischen Europa und den USA wird für diese beiden Blöcke als Weg aus der Wirtschaftskrise gepriesen; in Wirklichkeit werden aber soziale Rechte, Umweltschutz und ArbeitnehmerInnen-Rechte stark beschnitten.

Das immer schneller werdende Wettlauf nach unten hat Leben, Lebensgrundlagen und Gemeinschaften zerstört. Heute wird Handel als ein Kontrollsystem der Mächtigen benutzt und begünstigt den spezifischen Interessen einiger weniger. Die Ungerechtigkeit unseres internationalen Handelssystems ist jetzt auch im Herzen Europas spürbar geworden - denn bei der europäischen Wirtschaftskrise geht es nicht nur um Schulden, sondern auch um den konzerndominierten Handel. Die Abschaffung von Kapitalkontrollen und die Liberalisierung von

Finanzdienstleistungen, die den Banken und dem Finanzdienstleistungs-Sektor rücksichtslose Spekulationen erlaubten, auch die Handelsbestimmungen in der EU, die enorme Handelsungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten möglich machten, haben die Schuldenkrise Europas verschärft. Die anschließend aufgezwungenen Privatisierungen, die Aushöhlung von Gesetzen zum Schutz der Arbeiter und drastische soziale Einschnitte (während Banken, die die Krise verstärkt haben, durch Handelsgesetze geschützt werden) spiegeln die furchtbaren Schäden wider, die Handelsabkommen Millionen von Menschen in anderen Teilen der Welt zugefügt haben.

Unser Handelssystem überschreitet außerdem ständig die Grenzen der Biosphäre. Der ökologische Fußabdruck der EU - verursacht durch ihr Handelssystem und ihren hohen Konsum - gehört zu den größten der Welt. Das hat weltweit Gemeinschaften von Land, Wasser und andere Ressourcen enteignet, während unser Planet dadurch gleichzeitig einem katastrophalen Klimawandel noch näher gebracht wird.

Eine neue Vision für die Handelspolitik ist nicht nur möglich, sondern auch unbedingt nötig. Sie muss auf einem neuen System von Prinzipien beruhen und die internationalen Verpflichtungen und gesetzlichen Auflagen der EU berücksichtigen, um so für Übereinstimmung in ihren politischen Maßnahmen zu sorgen -

gehe es um Demokratie, Kooperation, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter oder Nachhaltigkeit.

Im Mittelpunkt sollte Transparenz stehen: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen nicht nur einen echten und dauerhaften Beteiligungsprozess einleiten, sondern auch die Auswirkungen ihrer Handlungen überprüfen und die Ergebnisse veröffentlichen, so dass BürgerInnen ihre Entscheidungen informiert treffen können.

Über 50 europäische Organisationen, die von der Notwendigkeit einer neuen Vision überzeugt sind - sie repräsentieren Bauern und Bäuerinnen, Gewerkschaften, MenschenrechtlerInnen, UmweltschützerInnen, Netzwerke für einen gerechten Handel und Gruppen, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen - haben ihre Kräfte zusammengeschlossen, um das Alternative Handelsmandat zu entwickeln. Dafür ist eine gründliche

Umgestaltung des Handelsregimes nötig - eine, die zu echten, umsetzbaren Alternativen führt, bei denen der Handel allen Menschen und auch der Umwelt nützt.

Anders als bei den derzeit üblichen Handelsverhandlungen - hinter verschlossenen Türen und mit privilegiertem Zugang für multinationale Konzerne - waren die Beratungen zu diesem Mandat partizipativ und transparent. Aus dem Diskussionsprozess gingen zehn Bereiche hervor, in denen eine Umgestaltung der Handelspolitik erforderlich ist. Dieses Mandat stellt die zehn Bereiche im Detail dar. Es beschreibt außerdem das Prinzip, das diesen Reformen zugrunde liegt: die Notwendigkeit einer demokratisch kontrollierten Handels- und Investitionspolitik.

Dieses Dokument ist offen für Stellungnahmen; denn wir meinen, dass nur ein Handelsmandat, das von Menschen für Menschen und Umwelt entworfen wird, gelingen kann. Bitte lesen Sie das Dokument und bringen Sie Ihre Gedanken ein.

## 2) Das Alternative Handelsmandat: die Kernprinzipien

***Das Herzstück des Alternativen Handelsmandats bildet eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik. Unser Mandat fordert eine Handels- und Investitionspolitik,***

\* die den Menschenrechten, einschließlich Frauen- und ArbeitnehmerInnenrechten und den Rechten für indigene Völker, sowie dem Schutz der Umwelt Vorrang vor privaten und Konzerninteressen gibt;

\* die strukturelle Veränderungen, allgemeinen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, sozialen Schutz, bessere Arbeits- und Umweltschutzstandards, Demokratie und Transparenz ermöglicht;

\* die es Regierungen erlaubt, zur Umsetzung eigener Strategien für nachhaltige Entwicklung Importe, Exporte und Investitionen zu regulieren;

\* die es Ländern, Regionen und Kommunen ermöglicht, Produktion, Verteilung und Verbrauch ihrer selbst produzierten Güter und Dienstleistungen zu regulieren;

\* die sicherstellt, dass die europäische Handelspolitik das Recht anderer Länder und Regionen respektiert, den lokalen und regionalen Handel zu entwickeln und ihm Vorrang vor dem Welthandel zu geben (z. B. im Bereich der Nahrungsmittel);

\* die es europäischen Regierungen und Parlamente ermöglicht, ihre Konzerne für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Aktivitäten in Europa und überall auf der Welt zur Verantwortung zu ziehen;

\* die das Recht auf Ernährungssouveränität respektiert und es Staaten und Kommunen erlaubt, einer lokalen und regionalen Nahrungsmittelversorgung Vorrang zu geben;

\* die eine Industriepolitik fördert, die einen gerechten Übergang

zu einem anderen Entwicklungsmodell begünstigt;

\* die eine Verstärkung bindender Sozial- und Umweltstandards und volle Transparenz in der globalen Wertschöpfungskette ermöglicht;

\* die eine faire Verteilung der Gewinne innerhalb der globalen Wertschöpfungskette ermöglicht und dabei stabile, ausreichende Einkommen für Produzenten und ArbeiterInnen sowie bezahlbare Preise für KonsumentInnen (besonders für lebensnotwendige Güter wie Essen und Medikamente) garantiert;

\* die das Recht von Regierungen, Parlamenten und der öffentlichen Hand aufrecht erhält, Finanzmärkte und den Finanzdienstleistungssektor zu regulieren, um soziale Rechte und soziale Sicherungssysteme zu schützen, Nachhaltigkeit zu garantieren, eine demokratische Kontrolle sicherzustellen und finanzielle Stabilität zu gewährleisten (einschließlich der Beschränkung von Kapitalverkehr);

\* die den freien Austausch und Zugang zu Wissen ermöglicht, zum Beispiel durch Open-Source-Systeme, Tauschinitiativen für Saatgut oder Patent-Pools sowie Open Licensing, um Innovationen zu fördern und den Zugang zu Medikamenten zu verbessern;

\* die den Ausschluss bestimmter Bereiche, darunter öffentliche Güter wie Wasser, Gesundheit und Bildung oder Finanzdienstleistungen, aus europäischen Handels- und Investitionsverhandlungen vorsieht;

\* die eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung für Entwicklungsländer anerkennt und eine spezielle und differenzierte Behandlung der ärmsten Länder vorsieht;

\* die das Vorsorgeprinzip bei allen Regulierungen und Handels- und Investitionsregeln anwendet, um die Öffentlichkeit vor möglichen Schäden zu schützen).

# 3) Die Grundlage des Alternativen Handelsmandats: eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik

***Um gerechtere, demokratischere Gesellschaften zu schaffen, müssen wir nicht nur die Handels- und Investitionspolitik der EU ändern, wie im Folgenden beschrieben. Wir müssen auch die Art ändern, in der Beschlüsse zu Handel und Investitionen gefasst werden: Menschen müssen eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik fordern.***

## Hauptprobleme

**Geheime Verhandlungen:** Verhandlungen der EU mit Drittstaaten finden hinter verschlossenen Türen statt. Der Öffentlichkeit in beiden Staaten werden weder Verhandlungspositionen noch Texte zugänglich gemacht, bis die Verhandlungen zum Abschluss gekommen sind - obwohl die Handelsabkommen der EU genau so starke Auswirkungen auf die BürgerInnen Europas haben wie alle öffentlich diskutierten Gesetze.

**Handels- und Investitionspolitik wird von nicht gewählten Instanzen beherrscht:** Die Handelspolitik der EU wird von der Europäischen Kommission gelenkt - einem nicht gewählten Gremium. Nur die Kommission hat das Recht, die Handelspolitik zu initiieren, Handelsgesetze vorzuschlagen und Verhandlungen durchzuführen. Weder BürgerInnen noch das Europäische Parlament noch nationale Parlamente haben dieses Recht. Die Rolle des Europäischen Parlaments beschränkt sich auf die "letzte Option", nämlich nach Abschluss der Verhandlungen zu einem Handelsabkommen mit "Ja" oder "Nein" zu stimmen.

**Scheinbefragungen der BürgerInnen:** Es kommt selten vor, dass die Europäische Kommission den Bürgern die Möglichkeit gibt, bei vorliegenden Fragen mitzureden. Selbst wenn dies geschieht, sind die Debatten stark fachtechnisch gefärbt und voreingenommen zugunsten des Freihandels; sie besitzen keinen formellen Status, durch den sie sich auf die Politik auswirken könnten.

**Konzernlobbyisten sitzen am Schalthebel:** Im Gegensatz dazu ermöglicht die Europäische Kommission Konzernlobbyisten den Zugang zu sensiblen Informationen über laufende Handelsverhandlungen - Informationen, die Gruppen

vorenthalten werden, die die Interessen der Öffentlichkeit vertreten.

Die Kommission erlaubt der Wirtschaft außerdem einen unangemessenen Einfluss auf ihre Gestaltung der Handelspolitik - in Hunderten von exklusiven Konferenzen hinter verschlossenen Türen. Daher sind die Positionen der EU in Handelsverhandlungen deutlich von Konzernen beeinflusst. Dies führt zu Ergebnissen, die nicht im Interesse der BürgerInnen Europas sind.

**Handelsabkommen der EU sind faktisch unumkehrbar:** Handels- und Investitionsabkommen schränken zukünftige demokratische Entscheidungsmöglichkeiten einer Gesellschaft stark ein, weil sie politische Optionen einschränken und Konzernen weitreichende Befugnisse einräumen, neue Gesetze anzufechten. Handelsabkommen sind weit schwerer zu verändern als gewöhnliche nationale Gesetze, und es kann dabei zu hohen Schadensersatzforderungen kommen.

### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats: Schluss mit der Geheimhaltung, der Vereinnahmung durch Konzerne und der Dominanz der Europäischen Kommission.**

Wir schlagen für Einleitung, Verhandlung, Abschluss und Überprüfung von Handelsabkommen ein völlig neues Verfahren vor, das der Zivilgesellschaft und den Parlamenten eine weit größere Rolle zusichert. Das bedeutet, die Rolle der Europäischen Kommission in der Handelspolitik wesentlich zu ändern, die Vereinnahmung durch Konzerne zurückzudrängen und die derzeitige übermäßige Geheimhaltung zu beseitigen.

## Wie erreichen wir das?

**Transparenz und Offenheit sicherstellen:** Alle Verhandlungspositionen und Textentwürfe müssen sofort veröffentlicht werden. Kommission, Mitgliedsstaaten und Parlamente müssen regelmäßig und unaufgefordert einen Online-Zugang zu Informationen über Treffen und Schriftwechsel zwischen Verantwortlichen, Parlamentariern und Lobbyisten bereitstellen, um der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wer es versucht, Verhandlungen über Handelsabkommen zu beeinflussen: für wen, mit welchen Mitteln und welcher Absicht und mit welchem Erfolg.

**Stärkung der Rolle der Parlamente:** Ausgangspunkt unserer Alternative ist es, die Rolle der Europäischen Kommission

einzuschränken und die der Parlamente zu stärken, und zwar auf allen Stufen der Entscheidungsfindung und des Verhandlungsprozesses. Wenn Demokratie sich dadurch kennzeichnet, dass politische Entscheidungen durch die Menschen und ihre gewählten Repräsentanten getroffen werden, können Handels- und Investitionspolitik nicht bei einem nicht gewählten Gremium verbleiben.

**Maßgebliche Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellen:** Um das höchste Niveau der Einbeziehung und Beteiligung sicherzustellen, sollten nationale Parlamente die maßgebliche Beteiligung der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene durchsetzen. Nur nationale Parlamente und das Europäische

Parlament sollten den Prozess zu Handelsverhandlungen initiieren können.

Bevor aber der Einleitungsprozess für Verhandlungen beginnt, müssen weitreichende unabhängige, transparente und umfassende „Notwendigkeitstests“ zusammen mit Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, unter Einbeziehung von Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen repräsentativen Körperschaften in den EU-Mitgliedsstaaten.

Gleichermaßen sollten Notwendigkeitstests im Partnerland durchgeführt werden, um herauszufinden, ob ein Handelsabkommen überhaupt vorrangig im Sinne des öffentlichen Interesses sein würde.

Die Parlamente sollen ebenfalls regelmäßig öffentliche Anhörungen über den Fortschritt der Verhandlungen durchführen und dies genau so, wenn der Entwurf zu einem Abkommen zwischen der Kommission und dem Partnerland vorliegt.

*Abschluss und Änderung von Handelsabkommen:* Ist zwischen der EU und dem Partnerland eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden, wird der Vertrag Gegenstand einer unabhängig durchgeführten Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsüberprüfung

(Human Rights and Sustainability Impact Assessment - HRSIA). Diese wird veröffentlicht, so dass eine weitere Runde der öffentlichen Anhörung und demokratischen Überprüfung möglich ist. Sowohl nationale Parlamente als auch das Europäische Parlament müssen das Recht haben, Änderungen zum vorläufigen Text vorzuschlagen, der dann erneut zu verhandeln ist. Das endgültige Abkommen muss vom Europäischen Parlament und von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Sobald das Abkommen in Kraft getreten ist, muss mindestens alle fünf Jahre eine gründliche Überprüfung stattfinden. Zu jeder Zeit können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, aber auch das Partnerland, Verhandlungen zur Änderung des Abkommens fordern.

*Einflussnahme von Unternehmen verhindern:* Während des gesamten Prozesses der Beratung und der Entscheidungsfindung muss verhindert werden, dass industrielle Lobbygruppen bevorzugten Zugang zu den Verhandlungen erhalten und die Politik „kapern“. Demzufolge müssen die Beratungen sicherstellen, dass ein breites Spektrum von Interessen und Standpunkten von vornherein wiedergespiegelt wird, einschließlich derjenigen, die direkt oder indirekt von einem Handelsabkommen betroffen sind.

## 4) Alternatives Handelsmandat: Zehn Kernbereiche

### Bereich Nr.1: Nahrung und Nahrungsmittelproduktion

*Unser globalisiertes Nahrungsmittelsystem versagt gegenüber den Bauern, unserer Gesundheit und der Umwelt. Darüber hinaus hat die Massenproduktion von Nahrungsmitteln den Hunger von Millionen Menschen nicht beseitigt. Liberalisierter Handel und das Fehlen von Marktregulierungen haben dazu geführt, dass weltweit Bauern zu Preisen verkaufen, die unter den Produktionskosten liegen, so dass eine bäuerliche Existenz nicht aufrecht erhalten werden kann.*

#### Schlüsselprobleme

Die exportorientierte, konzernbeherrschte Nahrungsmittelfabrik der EU wird durch große Unternehmen und die Gemeinsame Agrarpolitik (CAP =Common Agricultural Policy) bestimmt - eine Politik, die in der EU die Überproduktion antreibt und zu Dumping und zur Zerstörung der lokalen und regionalen Märkte für Kleinbauern in Entwicklungsländern führt. Sie verursacht außerdem niedrige und instabile Preise für europäische Bauern.

In Afrika hat die zeitweilig absichtliche Vernachlässigung der bäuerlichen Familienbetriebe durch die nationale und internationale Politik zur Folge, dass viele sich nicht länger selbst ernähren können. Die Liberalisierung des Handels und Bestimmungen in bilateralen Handelsabkommen, die lokale Märkte für billige europäische Importe öffnen, verschlechtern noch die Situation der Bauern .

Außerdem werden die knappen natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern für die exportorientierte Erzeugung von

„Luxusgütern“ wie Sojabohnen und Biotreibstoffe für Europa vergeudet, während die weltweite Ausdehnung des Nahrungsmittelsystems der EU überdies umfangreiche und verwüstende Auswirkungen auf die Umwelt hat.

#### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:** Ein nachhaltiger Ansatz bei der Nahrungsmittelerzeugung

Das Recht auf Nahrung kann nicht für jedermann gesichert werden, wenn das bestehende Modell der „industriellen“ Landwirtschaft vorherrschend bleibt, nach dem Nahrung für einen nicht regulierten globalen Markt erzeugt wird. Um die Zerstörung der Agrarmärkte im globalen Süden zu stoppen, und um die Abhängigkeit der EU von den natürlichen Ressourcen (und deren Erschöpfung) in diesen Ländern zu verringern, muss die EU als langfristiges Ziel festlegen, möglichst die Selbstversorgung mit Lebens- und Futtermitteln zu erreichen.

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss ihre Gemeinsame Agrarpolitik, sowie ihre Handels- und Umweltpolitik drastisch ändern.

Die EU muss:

- das Recht auf Nahrung und die „Ernährungssouveränität“ respektieren, was bedeutet, dass die Menschen in Europa und im Globalen Süden das Recht haben, ihre eigenen lokalen Ernährungssysteme zu definieren und auszuwählen, was sie essen wollen, und ihrer Gemeinschaft sicherzustellen, dass ihre Lebensmittel gesund und für jeden zugänglich sind.

- die multilateralen, bilateralen und regionalen Regeln des Freihandels aufgeben; sie verzerren die Preise für Bauern und führen zu ungleichem Zugang zu natürlichen Ressourcen; und sie muss aufhören, Handelspartner zur Herabsetzung von Zöllen und Quoten zu zwingen, besonders wenn diese dazu dienen, Nahrungsmittelsicherheit und die Grundlagen der bäuerlichen Existenz zu sichern. Stattdessen sollte die EU Schutzmaßnahmen unterstützen, die Entwicklungsländer treffen können, um lokale Märkte vor billigen Importen zu schützen.

- mehr Selbstversorgung bei allen Produkten anstreben, die in Europa erzeugt werden können, besonders bei Protein- und Ölpflanzen als Alternativen zu Importen von (gen-manipulierten) Sojabohnen, Palmöl und Biotreibstoffen (diese Rohstoffe haben in den exportierenden Ländern besonders verwüstende Auswirkungen auf bäuerliche Familienbetriebe und die Umwelt).

- Importe von Biotreibstoffen in die EU abschaffen, ihre gesetzlichen Regelungen zu Biotreibstoffen aufheben und durch andere Maßnahmen ersetzen, die geeignet sind, die Nachfrage nach fossilen Treibstoffen im europäischen Transportwesen zu vermindern.

- da, wo die EU Nahrungsmittel einführen muss, die nicht in der EU erzeugt werden können (z.B. Kaffee und Kakao), sicherstellen, dass sie nachhaltig produziert werden und dass den Erzeugern ein fairer Preis gezahlt wird. Sie muss den Einsatz von Hilfebudgets zur Unterstützung von Exportländern erhöhen, um hohe Umwelt- und Sozialstandards für Exporte einzuführen, ohne dadurch die lokale Existenzgrundlagen und die Nahrungsmittelsicherheit zu beeinträchtigen.

- in Europa das Ansteigen der Zollbelastung auf verarbeitete

tropische Erzeugnisse aufgeben – damit Erzeuger und Unternehmen in exportierenden Entwicklungsländern den durch die Verarbeitung erzielten Mehrwert erhalten.

- Investitionen in Nahrungsmittel und Agrarland in Nicht-EU-Ländern - die im großen Umfang zerstörerische Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion, die bäuerliche Existenz und die Umwelt in jenen Ländern haben - unter neue, bindende Investitionsabkommen mit der Verpflichtung zur Einhaltung von Menschenrechten bringen.

- nachhaltige Verfahren der Landwirtschaft in Europa und dem Globalen Süden unterstützen, die die Artenvielfalt schützen, die Fruchtbarkeit der Böden erhöhen, die Verwendung von fossilen Brennstoffen verringern und dazu beitragen, den Klimawandel zu verhindern.

das gegenwärtige EU-Marktordnungssystem für Milch und Zucker verbessern – nicht abschaffen –, und erkunden, ob sich die Grundsätze auf andere Basisprodukte wie beispielsweise Fleisch und Getreide ausweiten lassen.

- gut gemanagte Nahrungsmittelreserven (besonders Getreide) als ein Mittel zur Dämpfung von übermäßigen Bewegungen auf den Agrarrohstoff- Märkten fördern.

- Umwelt- und Tierschutzstandards bei europäischen Bauern stärken und gewährleisten, dass die europäische Agrarindustrie und die Einzelhandelsunternehmen keine billigen Erzeugnisse mit niedrigeren Produktionsstandards auf dem Weltmarkt kaufen können.

- alle Gesetzesinitiativen stoppen, die alte Saatgutsorten gefährden und politische Maßnahmen gegen den Anbau und den Import von gen-manipulierten Organismen innerhalb der EU stärken. gegen.

- Verpflichtungen zur Kennzeichnung von Zusatzstoffen, nanotechnologischen Substanzen und der Verwendung von gen-manipuliertem Futter in der Produktion von Eiern, Molkereierzeugnissen und Fleisch verbessern.

- bäuerliche Familienbetriebe mit garantierten kostendeckenden Preisen respektieren und honorieren; alle Umwelt-, Tierschutz- und sozialen Kosten sind in den Verbraucherpreis einzubeziehen.

## Bereich Nr. 2: Arbeitsplätze und ArbeitnehmerInnenrechte – wie wir sie schaffen und schützen

*Die Handelsstrategie der EU zielt darauf ab, den Handel mit Gütern leichter und billiger zu machen und Dienstleistungen konkurrenzfähig anzubieten und auszulagern, ohne Beschränkungen von Eigentumsrechten und Begrenzungen bei Kapitaltransfer. Auf der Suche nach den günstigsten Bedingungen gestattet dies transnationalen Unternehmen, die Produktion schnell von einem Land in ein anderes zu verlagern und Gewerkschaften und Regierungen zu drohen, falls diese versuchen, ihre Aktivitäten zu regulieren. Auf diese Weise setzen die gegenwärtigen Handels- und Investitionsregeln ArbeitnehmerInnen virtuell überall in einen Wettbewerb miteinander und zwingen Regierungen in Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und Steuerpolitik, sich an einem Rennen nach unten zu beteiligen, um damit Investitionen anzulocken.*

## Schlüsselprobleme

Länder, die versuchen, angemessene ArbeitnehmerInnenrechte aufrecht zu erhalten, werden mit Massenentlassungen bedroht, während ArbeitnehmerInnen in Ländern mit schlechteren Bedingungen die Produktion billiger Produkte durch Armutslöhne, gefährliche Arbeitsbedingungen und nachfolgende Härten „subventionieren“.

Diese Politik dient lediglich den Interessen der wirtschaftlichen Eliten, die dem Konsumenten billigere Produkte anbieten wollen, während sie auf schärferen Schutz von medizinischen Patenten und von Investitionen drängen, sowie auf mehr Marktöffnung für ihre eigenen Unternehmen. Zusätzlich setzt Handelsliberalisierung einheimische Unternehmen, besonders

kleine und mittelgroße Firmen (KMU) internationalem Wettbewerb aus, der - besonders im Falle des Handels zwischen unterschiedlich entwickelten Ländern - zum Verlust von Marktanteilen und zum Verlust einer erheblichen Zahl an Arbeitsplätzen, führen kann und ganz allgemein zu unfairen Handelspraktiken.

**Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:**  
die Globalisierung von guter Arbeit unterstützen

Das Alternative Handelsmandat zielt darauf ab, mehr gute Arbeit weltweit zu ermöglichen und eine Handelspolitik zu fördern, die ArbeitnehmerInnenrechten dient.

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- im Voraus und sorgfältig die Auswirkungen von Handelsabkommen auf Beschäftigung und soziale sowie auch auf Umwelt-Rechte abschätzen, und es billigen, dass Repräsentanten aus städtischen und ländlichen Bereichen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, die Umsetzung von sozialen Aspekten von Handelsabkommen überprüfen und Vereinbarungen zu deren Umsetzung verhandeln.

- verbindliche Bestimmungen und einen Mechanismus zur Beilegung von Arbeitskämpfen mit starken Handelssanktionen (Aufhebung von Handelsvorteilen) für Unternehmen und Unterzeichnerländer beschließen

- Arbeitsnormen mittels eines Mechanismus zur Verantwortung von Investoren durchsetzen, verbunden mit der Berechtigung, dagegen verstoßende Unternehmen mit einer Strafe zu belegen.

- Zolldienststellen verstärken, um so effektiv Waren, die durch

Kinder- und Zwangsarbeit hergestellt wurden, aufspüren und beschlagnahmen zu können.

- Innerhalb und außerhalb der EU das Recht sichern, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, damit Tarifverhandlungen und Lohnhöhe auf sektoralen und intersektoralen Ebenen verteidigt werden.

- die Ratifizierung und vollständige Umsetzung aller ILO-Konventionen und der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen fördern.

- Unternehmen für die sozialen und umweltbezogenen Folgen ihrer Tätigkeiten in Europa und anderswo haftbar machen.

- die Freizügigkeit von Personen garantieren und die Arbeits- und Vertragsbedingungen der Zielländer anwenden, falls sie vorteilhafter sind als die im Herkunftsland.

## Bereich Nr. 3: Zur Verwirklichung der Menschenrechte einen politischen Handlungsspielraum sichern

*Die gegenwärtige EU Handelspolitik zielt darauf, den politischen Handlungsspielraum der einzelnen Länder zu begrenzen, wenn sie den Handel regulieren und lokale Märkte schützen wollen – Regulierungen, die notwendig sind, um die Lebensgrundlagen von schutzbedürftigen Teilen der Gesellschaft zu bewahren und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu verwirklichen.*

## Schlüsselprobleme

Nach dem Völkerrecht haben Staaten die Verpflichtung, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Gegenwärtige EU-Handelsabkommen enthalten jedoch Verpflichtungen, die es für andere Staaten erschweren oder gar unmöglich machen, diese Rechte einzuhalten: Vorschriften in Handelsabkommen zu übermäßigen Zollsenkungen können zu einer Flut von Nahrungsmittelimporten führen, lokale Bauern vom Markt vertreiben und dadurch ihr

Einkommen und das Menschenrecht auf Zugang zu Nahrung bedrohen.

Handelsinitiativen, die sich auf exportorientierte Entwicklung im Landwirtschaftssektor konzentrieren, können zur Aneignung von Land und Zwangsvertreibungen führen und die Rechte ländlicher Gemeinschaften auf Nahrung, Wohnung und Wasser bedrohen. Bestimmungen zum Recht auf Geistiges Eigentum können den Zugang von Kleinbauern zu Saatgut begrenzen oder den Zugang

kranker Menschen zu Generika zu erschwinglichen Preisen, womit ihre Menschenrechte auf Nahrung und Gesundheit bedroht werden. Bestimmungen zu Dienstleistungen in Handelsabkommen können Länder zwingen, öffentliche Dienste zu privatisieren und die Rechte der Ärmsten auf Wasser, Gesundheit und Bildung bedrohen, da sie nicht in der Lage sind, Marktpreise für diese Dienste zu bezahlen.

### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:**

## **Wie erreichen wir das?**

Die EU muss:

- ihre Handelspolitik ändern, um sie in Übereinstimmung mit den eigenen Menschenrechtsverpflichtung und denen der Mitgliedsstaaten zu bringen, sowohl auf dem eigenen Staatsgebiet als auch extra-territorial - das übergreifende Prinzip in der Handelspolitik muss der Vorrang von Menschenrechten sein.
- zusichern, dass Handelsabkommen niemals den politischen Spielraum anderer Länder bei Maßnahmen einschränken, die für die Verwirklichung von Menschenrechten erforderlich sind.
- Menschenrechte systematisch in ihre Bewertungen zur Auswirkung auf die Nachhaltigkeit (Sustainability Impact Assessments - SIA) integrieren. Die neuen Bewertungen zur

den Vorrang von Menschenrechten vor Unternehmensinteressen sichern

Das Alternatives Handelsmandat geht von dem Grundsatz aus, dass Menschenrechte Vorrang vor kommerziellen Interessen von Konzernen haben. Die Mitgliedsstaaten der EU haben die Verpflichtung, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten und das nicht nur im eigenen Land, sondern auch extra-territorial. Außerdem verpflichten die Artikel 3 und 21 des Lissabon-Vertrags die EU, in ihrer Außenpolitik, einschließlich ihrer Handelspolitik, Menschenrechte zu respektieren und zu fördern.

Auswirkung auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit (Human Rights and Sustainability Impact Assessments HRSIA) müssen vor dem Beginn jeder Verhandlung durch eine unabhängige Institution unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Die Befunde der HRSIA müssen veröffentlicht und im Europäischen Parlament diskutiert werden; sie bilden jeweils die Grundlage für die Formulierung von einem Verhandlungsmandat für ein Handelsabkommen

- Handelsabkommen und –initiativen, bei denen es sich herausstellt, dass sie Menschenrechte in Europa oder in anderen Ländern gefährden, müssen nach einer öffentlichen und parlamentarischen Debatte aufgehoben oder grundlegend überarbeitet werden.

## **Bereich Nr. 4: Geld und wie wir es investieren**

*Internationale Investitionsabkommen beinhalten den Marktzugang und ein hohes Schutzniveau für ausländische Investoren, womit sie den inländischen politischen Handlungsspielraum stark beschneiden. Sie verhindern außerdem die Beschränkung von Kapitalströmen in das Land und aus dem Land, d.h. Regierungen können die Kontrolle über ihre eigene Wirtschaft verlieren.*

### **Schlüsselprobleme**

Internationale Investitionsabkommen bieten unbegrenzten Marktzugang für ausländische Investoren wie auch viele der Vorteile, die üblicherweise einheimischen Unternehmen vorbehalten sind. Dies schränkt den politischen Spielraum ein und hat eine negative Auswirkung auf soziale Sicherung, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung, da sich lokale Industrien im Wettbewerb mit mächtigen transnationalen Unternehmen befinden.

Investitionsabkommen haben bei Großkonzernen auch zu einer anwachsenden ‚Epidemie‘ von Klagen geführt; sie wenden Vertragsklauseln an, um Länder zu verklagen, wenn sie meinen,

dass deren Politik (z.B. in Bezug auf Arbeitnehmerrechte oder Umweltschutz) ihre Profite bedroht. Das ist für die öffentlichen Kassen sehr teuer und entmutigt Regierungen, soziale oder umweltbezogene Schutzmaßnahmen einzuführen.

### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats: In eine gerechte Zukunft investieren**

Ausländische Investitionen sollten dafür genutzt werden, eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für den Einzelnen, Gemeinschaften und unsere Umwelt aufzubauen - und nicht nur, um Profite für Investoren zu schaffen.

## **Wie erreichen wir das?**

Unsere Regierungen müssen:

aufhören so zu tun, als wenn unbeschränkte ausländische Direktinvestitionen (foreign direct investment = FDI) ein

„Allheilmittel“ zugunsten des Gastlandes wären.

bestehende Investitionsabkommen von Mitgliedsstaaten kündigen, die gegen die gesetzliche Verpflichtung der Gastländer verstoßen,

Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewähren und für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen.

sich das Recht vorbehalten, das Verhalten der Investoren zu überprüfen und ‚nein‘ zu unerwünschten oder unpassenden ausländischen Investitionen zu sagen, selbst nachdem die Investition erfolgt ist; z.B. wenn der Investor Gesetze verletzt hat oder wenn nationale politische Entscheidungen nach einer Investition ergeben, dass sie nicht länger im öffentlichen Interesse ist.

das Recht beibehalten, Kapitalkontrollen durchzuführen, um ausländische Investoren zu hindern, plötzlich ihr Geld aus einer Volkswirtschaft abzuziehen.

Steuerflucht beenden, angemessene Steuersätze und Abgaben festsetzen und sicher stellen, dass ausländische Investoren wenigstens Steuern in gleicher Höhe wie nationale Unternehmen zahlen und öffentlich über ihr Steuerverhalten berichten - bezogen auf einzelne Länder bzw. Projekte.

in der Lage sein, die oben genannten Rechte wahrzunehmen, ohne von Investoren durch kostspielige Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten bedroht zu werden, wie dem Internationalen Zentrum für die Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten.

sicherstellen, dass ausländische Investoren und ihre Tochtergesellschaften rechtlich verantwortlich sind, auch in ihren Heimatländern, für jede Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung oder für Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, einschließlich

schädlicher Praktiken von innerbetrieblichen Konzernverrechnungspreisen.

· es erleichtern, rechtliche Schritte gegen transnationale Unternehmen in Fällen von unternehmerischem Fehlverhalten und Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen und es Gemeinschaften ermöglichen, dies ebenfalls zu tun. Dies kann vor nationalen Gerichten sowohl im Gast- als auch im Heimatland geschehen wie auch auf internationaler Ebene.

· Staatsbürgern den Zugang zu Informationen über vorgeschlagene Investitionsprojekte verschaffen, um allen Betroffenen eine uneingeschränkte, frühe und informierte Einwilligung zu garantieren.

Die internationale Gemeinschaft muss:

bestehende internationale rechtliche Rahmenbedingungen durchsetzen, die sich mit Sozial-, Arbeitnehmer-, Wirtschafts- und Menschenrechten und mit Umweltbelangen beschäftigen, und sicherstellen, dass alle Investitionen den Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtszielen nutzen, indem internationalen Investoren bindende Verpflichtungen auferlegt werden.

eine Reihe von Sanktionen gegen solche Unternehmen vereinbaren, die ihren Verpflichtungen in Bezug auf verschiedene Menschenrechte und den Umweltschutz nicht nachkommen.

einen internationalen Strafgerichtshof für die Verbrechen multinationaler Firmen einrichten.

## Bereich Nr. 5: Banken, Spekulanten, Verhalten der Finanzindustrie

*Der Finanzdienstleistungssektor, der die Finanzen für den Handel, ausländische Direktinvestitionen und für die Gesellschaft als Ganzes steuert, hat viele Profite auf sich selbst gelenkt. Als kapitalkräftiger und einflussreicher Sektor hat er Regierungen erfolgreich davon überzeugt, dass er dereguliert werden sollte und dass Handels- und Investitionabkommen Regulierungen und Kontrollen beschränken sollten, auch zukünftige – mit katastrophalen Folgen.*

### Schlüsselprobleme

Die höchst wirksame Verbindung von unzureichenden Regulierungen und Handelsabkommen, die die Tür zum globalen Markt öffneten (Dank der Lobby des Finanzsektors), bedeutete, dass Banken, Kapitalanlagegesellschaften und Spekulanten während der ersten Jahre des neuen Jahrhunderts eine Riesenparty hatten. Sie nutzten das mit einem hoch riskanten Casino-Ansatz, voll aus, und dieser brachte schließlich das globale Wirtschaftssystem ins Wanken. Schwache Finanzreformen und die weitergeführten Handelsregeln aus der Zeit vor der Krise verursachen weiterhin unermesslichen Schaden für arme und schutzbedürftige Bürger in Europa und weltweit.

### Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:

Revolutionierung der Banken- und der Finanzdienstleistungen

Der Finanzsektor muss von einem riskanten, instabilen Sektor, der Gesellschaften zahlen lässt, in einen streng regulierten Sektor umgewandelt werden, der einfache Finanzdienstleistungen für alle bereitstellt und der zur Entwicklung von gerechten und nachhaltigen Gesellschaften beizutragen hat. Handel und Investitionen in Finanzdienstleistungen und die Regeln und Vereinbarungen zu diesen Bereichen sollten diesem Ziel dienen; und durch Zusammenarbeit sollte dies für alle grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen durchgesetzt werden.

### Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

· Finanzstabilität zu einem öffentlichen Gut machen, so dass alle politischen Maßnahmen auf nationaler, internationaler und EU-



Ebene zu den Bank- und Finanzdienstleistungen Inklusion, Nachhaltigkeit und Stabilität anstatt Rentabilität zum übergreifenden, vorrangigen Ziel haben.

- alle Finanzprodukte darauf überprüfen, ob sie positive soziale, wirtschaftliche und/oder umweltrelevante Auswirkungen haben, und ob sie einfach und leicht verständlich sind. Außergewöhnliche, hoch komplexe und riskante Finanzprodukte müssen ausgesondert und verboten werden.

- Maßnahmen einführen, um eine exzessive ‚Bonus-Kultur‘ einzudämmen, die auf Risikobereitschaft, Spekulation, Profitgier setzt. Dies sollte eine Finanztransaktionssteuer einschließen, deren Einnahmen für Maßnahmen zu Nachhaltigkeit und zur Armutsbekämpfung verwendet werden.

- sicherstellen, dass Finanzdienstleister, einschließlich Banken, Hedge-Fonds und Versicherungen, nicht "too big to fail" werden oder zu groß, um reguliert und beaufsichtigt zu werden.

- Steueroasen abschaffen und Banken und Investoren daran hindern, in oder über Steueroasen tätig zu sein. Mechanismen für eine internationale Zusammenarbeit und zur Teilhabe am Informationsaustausch sollten eingeführt werden, um

Steuervermeidung und Steuerflucht, Kapitalflucht und in ausländischen Banken verborgenes Schwarzgeld aufzudecken und zu verhindern.

- sicherstellen, dass alle Regulierungen für den Finanzsektor, von der internationalen Ebene abwärts, transparent und fest unter demokratischer Kontrolle sind, und nicht ausgehebelt werden können entweder durch Verhandler im Interesse von Handel und Investment oder durch Gremien, in denen Regulationsbehörden durch Lobbyisten des Finanzsektors beeinflusst sind.

- bestehende Handelsabkommen beenden, die auf die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen ausgerichtet sind; es sollte für Regierungen durchaus zulässig sein, zwischen den Anbietern von Bank- und Finanzdienstleistungen zu wählen. Die Kriterien wären die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen, und ihre Verankerung in der lokalen Wirtschaft.

- internationale Zusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen fördern, beispielsweise durch die Schaffung eines neuen Forums zur Regulierung und Beaufsichtigung aller Aktivitäten von Handel und Investitionen durch den Finanzsektor und Finanzinvestoren; ein Tribunal würde über Fehlverhalten entscheiden.

## Bereich Nr. 6: Rohstoffe, und wie wir sie teilen

*Um ein angenehmes Leben zu führen, brauchen Menschen Ressourcen für ihren Lebensunterhalt und andere Bedürfnisse, sei es Wasser für Feldfrüchte, Wälder für Nahrung und Schutz oder knappe Mineralien für Computer. Aber die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr von Rohstoffen, die in der EU verarbeitet werden, heizt die Ressourcenkonkurrenz an; dabei werden schutzbedürftige Menschen in armen Ländern ihrer Ressourcen beraubt und die Umwelt geschädigt.*

### Schlüsselprobleme

Ein Drittel der in der EU benötigten Rohstoffe werden importiert, was bedeutet, dass Europa von Einfuhren abhängiger ist als jede andere Region der Welt. Ohne diese Rohstoffe könnte Europas Automobil-, Chemie- und Bauindustrie nicht bestehen. Und es ist zu erwarten, dass diese Importabhängigkeit durch die Auswirkungen einer Politik zur Förderung von Biotreibstoffen und zur Bio-Economy ansteigt. Das EU-Ziel z.B., dass bis 2020 10 % des Energieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Quellen kommen sollen, fördert den Landraub in Entwicklungsländern.

Dieser Druck, immer mehr Rohstoffe einzuführen, vertreibt Millionen von Menschen, hat auf dem ganzen Planeten Auswirkungen auf die Umwelt und trägt zur Verletzung von Menschenrechten bei. Menschen, die dort leben, wo Rohstoffe gefördert oder erzeugt werden, haben oftmals keinen Nutzen davon, sondern haben stattdessen die negativen Auswirkungen zu ertragen. Währenddessen vermeiden die zumeist multinationalen Unternehmen, die diese Rohstoffe fördern, die Zahlung von Steuern und Lizenzgebühren.

Die Rohstoffinitiative der EU beabsichtigt eine verbesserte Ressourceneffizienz, statt absolute und bindende Ziele zur Minderung des Verbrauchs zu setzen; die neue EU-Strategie für ‚Bio-Economic‘ kann es indes nur noch schlimmer machen. Sie

zielt darauf, statt fossiler Brennstoffe Biomasse zu nutzen, um sowohl Energie als auch Rohstoffe für die gesamte europäische Herstellung zu liefern. Der Plan stützt sich auf bestehende und noch zu erfindende Biotechnologien, um pflanzliches Material in nahezu jedes vorstellbare Produkt zu verwandeln, einschließlich Biokunststoffe und neue Medikamente.

Diese Bestrebung, eine ständige Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen, treibt die EU zu einer zunehmend aggressiveren Strategie für einen ‚freien‘ und unregulierten Handel. Die EU hat z.B. lange und hart bei der WTO (Welthandelsorganisation) - jedoch bis jetzt erfolglos - für ein allgemeines Verbot von Exportsteuern verhandelt, um zu versuchen, Länder daran zu hindern, den Export ihrer Rohstoffen einzuschränken.

#### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:** Ressourcen respektieren

Um sich in Richtung einer gerechten und nachhaltigen Verwendung von Ressourcen zu bewegen, muss sich die EU klare Ziele stecken, um das Niveau ihres Verbrauchs von Rohstoffen zu reduzieren, besonders von Land, Mineralien und Energie, Wasser und Biomasse. Eine neue und alternative Handels- und Investitionsstrategie sollte den Import und den

Verbrauch der EU von sowohl von Rohstoffen und als auch von industriellen Produkten vermindern, besonders von solchen, die

nicht unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen hergestellt wurden.

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- sicherstellen, dass importierte und in der EU genutzte Rohstoffe nicht zu Verletzungen von Menschenrechten oder zu Konflikten im Ursprungsland beitragen. Die Verpflichtung zur Bewertung der Auswirkungen auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit (Human Rights Sustainable Impact Assessment) würde ein erster Schritt in dieser Richtung sein.

- sicherstellen, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die durch Aktivitäten europäischer Regierungen oder Unternehmen verursacht wurden, Zugang zu einem europäischen Gerichtssystem und Anspruch auf Wiedergutmachung haben.

- aufhören, auf Regeln zu drängen, die andere Ländern daran hindern, die Ausfuhr ihrer Rohstoffe zu beschränken. Entwicklungsländer müssen das Recht haben, ihre Exporte zu regulieren, einschließlich durch den Einsatz von Import- und Exportsteuern und der öffentlicher Beschaffungspolitik. Die EU hat die Entscheidung von Regierungen des Globalen Südens zu respektieren, natürliche Ressourcen für den eigenen Bedarf zu nutzen.

- aufhören, unterschiedliche Zölle anzuwenden, um zum Schutz der europäischen Industrie die Einfuhr von Fertigprodukten zu verhindern, während die Einfuhr von Rohstoffen gefördert wird. .

- bilaterale freiwillige Partnerschaftsabkommen mit Handelspartnern verhandeln, in Verbindung mit betroffenen Gemeinschaften und allen anderen Betroffenen, um Produktionsstandards zu verbessern, die Verarbeitung in den Exportländern zu entwickeln und den Süd-Süd-Handel zu fördern.

- diese bilateralen Abkommen nutzen, um zu gewährleisten, dass alle Unternehmen und Investoren, die an der Förderung von Rohstoffen beteiligt sind, im Heimatland und in den Gastländern für ihre Tätigkeiten gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden können.

- sicherstellen, dass Unternehmen und Investoren aus der EU den Grundsatz der Steuergerechtigkeit respektieren und sich nicht an

innerbetrieblichen Konzernverrechnungspreisen, Steuervermeidung oder Steuerflucht beteiligen.

- Pläne zum Aufbau einer Bio-Economy - abhängig von importierter Biomasse - aufgeben, was zu einer dramatischen Steigerung der Nutzung von Land und Biomasse durch die EU führen würde, ohne die Probleme des Überkonsums richtig anzugehen. Stattdessen sollte die EU eine ökologische Restrukturierung ihrer Industrie vornehmen und die Produktion wieder mit der sozialen und natürlichen Umwelt verbinden, so dass die Reduzierung des gesamten Rohstoffverbrauchs, die Nutzung von recycelten Ressourcen, die Verringerung von Abfall, die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Minderung des Energieverbrauchs Vorrang haben.

- die Macht und Größe von transnationalen Rohstoffkonzernen durch die Einführung von Anti-Trust Gesetzen - auf nationaler und EU-Ebene, aber auch durch Absprachen mit anderen Regierungen - regulieren, um die gigantischen Konzerne, die den Bergbau-, Energie- und Agrarsektor dominieren, zu zerschlagen.

Regierungen von Entwicklungsländern müssen sicherstellen, dass:

- ihre Parlamente und lokalen Verwaltungen eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung und Überwachung spielen, wenn es um die Erteilung von Lizenzen und um Regulierungen, um die Verteilung von Einnahmen aus dem Verkauf von natürlichen Ressourcen und deren Auswirkung auf eine nachhaltige Entwicklung geht.

- bei jedem abgeschlossenen Abkommen die Unabhängigkeit und Integrität der Regierungsstellen, die für die Genehmigung und Überwachung von Bergbauabkommen zuständig sind, aufrecht erhalten bleibt.

- die effektive Beteiligung der Zivilgesellschaft - besonders der lokalen Gemeinschaften - am Entscheidungsverfahren über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg, von der Entscheidung zur Vergabe von Lizenzen bis zur Verteilung von Einnahmen, gewährleisten.

# Bereich Nr. 7: Klimawandel und wie wir die Belastungen gerecht verteilen

*Internationale Handels- und Investitionsabkommen sind eine treibende Kraft hinter dem Wachstum von energieintensiven Industriezweigen und für die Ausweitung einer intensiv betriebenen Landwirtschaft – energieintensive Unternehmungen, die die immer größer werdenden CO<sub>2</sub>-Emissionen durch ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen antreiben. Hinzu kommt das gleichfalls CO<sub>2</sub>-intensive Straßen- und Luftverkehrsnetz, das zum weltweiten Transport von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern erforderlich ist. All dies trägt zur ununterbrochenen Zerstörung von klimaregulierenden Wäldern und Gewässern sowie zum Klimawandel selbst bei.*

## Schlüsselprobleme

Die gefährliche Verzögerung beim Umgang mit dem Klimawandel ist die direkte Folge unseres derzeitigen Wirtschaftssystems: Indem Regierungen mit den Interessen von Konzernen verflochten sind, schließen sie die Augen vor dem Problem. Diesen Kurs legitimieren „weiche“ einschlägige Regelwerke, die von internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) geschaffen worden sind. Die WTO kann als einzige globale Institution durchsetzen, dass Staaten interne oder internationale Regulierungen ändern, wenn sie für marktverzerrend gehalten werden. Aus diesem Grunde ergreifen Regierungen nur widerwillig Maßnahmen, die die Konzernagenda stoppen könnten, weil solche sich bei der WTO anfechten ließen.

Dieser konzernfreundliche Umgang mit dem Klimawandel hat zu „falschen Lösungen“ für das Problem geführt, darunter schwache freiwillige Zertifizierungssysteme (deren Entscheidungsinstanzen von den Konzernen beherrscht werden, die eigentlich reguliert werden sollen) und das EU-Emissionshandelssystem (*European Union Emission Trading System EUETS*) – der weltweit größte CO<sub>2</sub>-Markt, auf dem Investoren und Unternehmen „Verschmutzungsrechte“ in Form von CO<sub>2</sub>-Emissions-„Berechtigungen“ handeln können. Gerade dieses Modell hat

dazu beigetragen, Umweltkonflikte im globalen Süden auszulösen.

Die EU insbesondere trägt eine hohe Verantwortung wegen ihrer Umweltgesetzgebung, die Minimalziele für den Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehr und die spekulative Entwicklung der Bio-Economy (s. Thema Rohstoffe) enthält. Obwohl als Maßnahmen zur Verwertung landwirtschaftlicher Abfälle angepriesen, heizen beide Regelungen den weltweiten Bedarf an Landflächen für den industriellen Anbau an, mit erheblichen Folgen für Lebensmittelsicherheit, Lebensmittelpreise und Landraub.

Mittlerweile treiben die Regelungen für geistige Eigentumsrechte die Kosten von klimafreundlichen Technologien in die Höhe und machen es Entwicklungsländern unmöglich, auf eine nachhaltige, kohlenstoffarme und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähige Entwicklung überzugehen.

### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats: Der Imperativ des Klimawandels**

Ein neuer, ambitionierter und gerechter, kohlenstoffarmer Ansatz muss die derzeitige Ausrichtung der EU auf „Wirtschaftswachstum um jeden Preis“ ersetzen.

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss

ihr gescheitertes Emissionshandelssystem abschaffen;

verbindliche und schärfere Energie-Einsparungsziele festsetzen. Das Ziel von 20 % CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 (gegenüber 1990) muss auf wenigstens 60 % bis 2030 angehoben und innerhalb der EU erreicht werden - ohne „CO<sub>2</sub>-Verlagerung“ nach außerhalb;

Investitionen in neue Prozesse und Technologien steigern, durch die Emissionen reduziert und Beschäftigung geschaffen werden;

mit dem Bezahlen ihrer „Klimaschulden“ an Entwicklungsländer beginnen, indem sie freiwillige bilaterale Übereinkommen zum Klimawandel in die Wege leitet und deren Anpassungs- und Klimaschutzprogramme mit wirklichen, neuen und zusätzlichen Mitteln aus öffentlichen Finanzquellen unterstützt;

den Aufbau von lokalen und nachhaltigen Versorgungsketten in den Süden unterstützen, um die Entwicklung einer soliden

ökologischen Wirtschaft zu garantieren, die in der Lage ist, lokale Gemeinschaften zu unterstützen. Dies kann durch den direkten Transfer von Mitteln aus den zu zahlenden Klimaschulden gewährleistet werden. In diesem Sinne müssen auch energieintensive Importe verteuert oder energiesparende Exporte gefördert werden;

eine alternative Rahmenvereinbarung zu geistigen Eigentumsrechten vorantreiben, die grüne Technologien auf lokaler Ebene, den Transfer von Technologien mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Entwicklungsländer fördert (anstatt ihn zu behindern) und die Entwicklung klimafreundlicher Pflanzen durch Kleinbauern unterstützt.

Die internationale Gemeinschaft muss: eine gemeinschaftliche Antwort auf diese Probleme geben, in der sie darlegt, wie die verschiedenen Länder ihre Emissionen von Treibhausgas entsprechend ihrer „historischen Verantwortung“ senken.

## Bereich Nr. 8: Öffentliche Dienstleistungen und wie wir sie schützen

*Der wachsende Widerstand der Bürger gegen den Abbau öffentlicher Dienstleistungen hat bislang auf die Handels- und Investitionspolitik der EU wenig Auswirkungen gehabt. Lebensnotwendige Dienstleistungen wie Energie und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen gegenüber offensiven kommerziellen Interessen und verschärften Marktregeln geschützt werden.*

### Schlüsselprobleme

Die aggressive, marktliberale Handelsstrategie der EU gefährdet nicht nur den hohen sozialen Stellenwert der öffentlichen Dienstleistungen, sie untergräbt gleichzeitig die entscheidende Rolle, die ein kräftiger öffentlicher Dienstleistungssektor für die Stärkung und Stabilisierung von wirtschaftlicher Entwicklung spielt.

Selbst in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Energiedienstleistungen zielen die Befürworter des freien Markts darauf, die Verhandlungsmacht der Konzerne durch verschärfte „wettbewerbsfördernde“ Vorschriften zu stärken; damit schränken sie den politischen Spielraum drastisch ein, auf demokratische Forderungen nach einem Rückzug aus einer gescheiterten Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik einzugehen. Die Europäische Kommission ignoriert die heftige und seit vielen Jahren z.B. von Gewerkschaften, NGOs und örtlichen politischen Gremien vorgetragene Kritik und zeigt keinerlei Bereitschaft, öffentliche Dienstleistungen aus dem Geltungsbereich von Freihandelsabkommen auszuschließen.

### Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats: Öffentliche Dienstleistungen von Handelsverhandlungen ausschließen

Die EU bekennt sich formal zu Werten wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Auch erklärt sie, dass es ihr Ziel sei, eine Gesellschaft zu fördern, in der Pluralität, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit vorherrschen. Zudem heißt es in ihrem Gründungsvertrag ausdrücklich, dass sie diese Prinzipien in ihrer gesamten Außenpolitik anwenden will. Vor diesem Hintergrund ist der Schutz des hohen gesellschaftlichen Werts öffentlicher Dienstleistungen zweifellos eine Frage der politischen Kohärenz „innerhalb“ und „außerhalb“ Europas. Wenn man die positive Auswirkung von universell zugänglichen öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität für die soziale Entwicklung anerkennt, dann darf die Handels- und Investitionspolitik der EU den politischen Spielraum nicht untergraben, der zur Bekämpfung von Ungleichheit und zur Förderung des sozialen Fortschritts notwendig ist.

### Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- ihre Fokussierung auf offensive Geschäftsinteressen zur Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen bei Handelsverhandlungen aufgeben; sie muss mit dem Schutz öffentlicher Dienstleistungen beginnen, indem sie diese aus dem Geltungsbereich von Freihandels- und Investitionsverträgen ausschließt. Letztere dürfen den politischen Spielraum auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht untergraben, der gebraucht wird, um demokratische Forderungen nach (Re)-Regulierung und Entscheidungen zum Rückzug aus gescheiterten Privatisierungsmaßnahmen zu erfüllen;

- ihre Handels- und Investitionsverhandlungen, die auf die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen in anderen Ländern drängen, abbrechen, - stattdessen müssen demokratische Kontrolle, Qualität und Erschwinglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen gestärkt werden, sowohl „innerhalb“ als auch „außerhalb“ Europas;
- die entscheidende Rolle anerkennen, die ein kräftiger öffentlicher Dienstleistungssektor für die Stärkung und Stabilisierung wirtschaftlicher Entwicklung spielen kann, und ihren krisenanfälligen, von der Ideologie des freien Marktes geprägten Politikansatz durch einen neuen Ansatz ersetzen, der auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zielt.

## Bereich Nr. 9: Öffentliches Beschaffungswesen - ein Werkzeug zu sozialer Entwicklung und nicht zur Förderung von Handel

*Öffentliche Beschaffung ist das Verfahren, durch das sich zentrale und lokale Regierungen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts und Versorgungsbetriebe Waren, Arbeitsleistungen und Dienstleistungen einkaufen. Bisher war das öffentliche Beschaffungswesen von multilateralen Handelsverhandlungen ausgenommen, und zwar aufgrund seiner Fähigkeit, lokale und nationale strategische Interessen zu fördern; zum Beispiel können öffentliche Beschaffungsaufträge zur Entwicklung lokaler Unternehmen beitragen.*

## Schlüsselprobleme

In Hinblick auf die Eröffnung neuer Möglichkeiten für europäische multinationale Unternehmen, sich um Verträge in anderen Ländern zu bewerben, hat die EU hartnäckig die Einbeziehung von Beschaffungsmaßnahmen in Handelsabkommen vorangetrieben.

Dieser Ansatz ist gewissermaßen für die EU ein Weg durch die Hintertür, um neue Märkte für europäische Unternehmen zu öffnen, während er zugleich den politischen Spielraum für Regierungen einschränkt, ihre eigene Wirtschaft zu steuern.

**Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:** Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein Werkzeug zu sozialer Entwicklung

## Wie erreichen wir das?

Die EU muss:

- das öffentliche Beschaffungswesen als ein Werkzeug zur Förderung von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit betrachten und nicht als ein Mittel zur Steigerung des Handels;
- Behörden in ganz Europa aktiv zu fundierten und strategischen Beschaffungsentscheidungen ermutigen, um so die beste Verwendung von öffentlichen Ausgaben zu gewährleisten;
- ihrer eigenen Gesetzgebung ermöglichen, ein nachhaltiges Beschaffungswesen zu entwickeln, das sich in ihren zukünftigen Handelsverhandlungen niederschlägt;
- ermöglichen, dass ihr Konzept für das öffentliche Beschaffungswesen offen ist für die genaue Überprüfung und kritische Begleitung durch die Zivilgesellschaft und nicht von

Von essentieller Bedeutung ist, dass Handelsabkommen, nicht die Fähigkeit von Behörden sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern gefährden dürfen, mit dem Geld der Steuerzahler sinnvoll umzugehen. Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein leistungsfähiges Werkzeug, das genutzt werden kann zur Schaffung und zum Erhalt gesunder lokaler Wirtschaftsstrukturen, zur Förderung einer gerechten und inklusiven Gesellschaft und zur Gewährleistung des Umweltschutzes. Gerade in Entwicklungsländern ist das öffentliche Beschaffungswesen ein sehr wichtiges makroökonomisches Werkzeug, um junge Industriezweige zu unterstützen, besonders in Zeiten der Rezession.

den privaten Interessen großer europäischer Konzerne in Drittländern beherrscht wird.

Die Regierungen von Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern müssen:

sicherstellen, dass ihnen - falls sie freiwillig in Verhandlungen mit der EU über das öffentliche Beschaffungswesen eintreten - Schutzmechanismen angeboten werden; diese sollen den Schutz ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen und sicherstellen, dass ausreichende Reserven vorhanden sind, um Wirtschaftsentwicklungsprogramme durchzuführen, die die Gründung oder Entwicklung lokaler Industrien fördern und Industriezweige unterstützen, die von Beschaffungsverträgen mit der Regierung abhängig sind;

- darauf drängen, dass in die Abkommen mit der EU nachhaltige Beschaffungsregeln einbezogen werden.

## Bereich Nr. 10: Geistiges Eigentum und wie ihm menschliche Werte zu verleihen sind

*Bei Urheberrechten, Patenten, Handelsmarken und anderen Formen sogenannten „geistigen Eigentums“, darunter auch Saatgut, neue Medikamente und industrielle Erfindungen, gehört die ausschließliche Nutzung der Vermögenswerte den Besitzern der geistigen Eigentumsrechte. Diese Rechteinhaber können Neuerungen durch Mitbewerber erschweren und monopolartige Preise festsetzen, die den Zugang zu grundlegendem Wissen beeinträchtigen, inbegriffen Medikamente. Handelsabkommen enthalten oftmals Standards zu geistigem Eigentum, die noch über die Forderungen des WTO-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS- Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) oder der Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO - World Intellectual Property Organization) hinausgehen.*

## Schlüsselprobleme

Das riesige Wachstum der juristischen Macht der Inhaber von Rechten geistigen Eigentums (IPR) – angetrieben von Regierungen der Industrieländer und von internationalen Organisationen – hat (neben anderen Ursachen) dazu geführt, dass Pharmafirmen die Einführung von Generika (Nachahmer-Medikamenten) verzögern, dass Software-Patente Wettbewerb und Folgeinnovationen behindern und dass bäuerliche Rechte auf Saatguterzeugung und auf Sortenvielfalt ausgehöhlt werden. Das System der geistigen Eigentumsrechte behindert auch den

Austausch von Wissen, indem es den Zugang zur Medikamenten begrenzt und den Kampf gegen den Klimawandel erschwert. Seine unnachgiebige Durchsetzung schränkt die Freiheit des Erfindens und des Wettbewerbs ein, bedroht den Zugang zu Wissen und den Schutz von Rechtsstaatlichkeit, freier Rede, Privatsphäre und anderen Bürgerrechten. In einigen Bereichen führt schwacher Patentschutz zu einem Mangel an Forschung zu seltenen, doch schweren Krankheiten. Hinzu kommt, dass die EU beabsichtigt, ihre Gesetze zu geistigen

Eigentumsrechten und zu deren Durchsetzung durch Handelsabkommen zu exportieren; dabei geht sie das Risiko einer Gesetzgebung durch die Hintertür ein und nutzt geheime Handelsverhandlungen, die noch weit über das EU-Recht hinausgehen sollen.

International ist eines der wichtigsten Instrumente zur Definition und Regulation von geistigen Eigentumsrechten (IPRs) das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS), das bei der Welthandelsorganisation (WTO) hinterlegt ist. Sogenannte „TRIPS-plus-Übereinkommen“ drohen lokale Bedürfnisse, nationale Interesse, die technologische Leistungsfähigkeit,

institutionelle Kapazitäten und den Zustand des öffentlichen Gesundheitswesens vieler wenig entwickelter Länder zu übergehen.

### **Die Vorstellung des Alternativen Handelsmandats:**

*Ein System der geistigen Eigentumsrechte, das strategischen Interessen und menschlichen Werten dient*

Es stärkt die EU und Entwicklungsländer und dient menschlichen Werten, wenn geistige Eigentumsrechte im Rahmen von Menschenrechten, Verbraucherschutz, Wettbewerb, Datenschutzgesetzen sowie Entwicklungszielen formuliert, interpretiert und durchgesetzt werden.

## **Wie erreichen wir das?(1)**

Die EU und andere Akteure müssen:

- zu einer breiten öffentlichen Teilnahme ermutigen; politische Entscheidungen auf Forschung statt auf Glaube, Ideologie oder Firmenlobbyismus begründen; eine transparente Forschung, mit öffentlicher Dokumentation der Methoden, Voraussetzungen, Finanzierungsquellen und der zugrundeliegenden Daten entwickeln;
- das Recht auf ein ordentliches Verfahren und einen fairen Prozess respektieren; angemessene Beweisschwellen aufrechterhalten; eine übermäßige Erweiterung von Strafbarkeit und Haftpflicht verhindern; genau überprüfen, ob die staatliche Zuständigkeiten zur Durchsetzung an private Akteure delegiert wurde; sicherstellen, dass gesetzliche Strafen verhältnismäßig und angemessen sind und keine Beschränkungen für den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen enthalten, was den Zugang zum Internet oder zu notwendigen Medikamenten und zu Lehrmaterial umfasst;
- ein dauerhaftes Moratorium erlassen hinsichtlich zukünftiger Erweiterungen des Urheberrechts, damit verbundener Rechte und Patentlaufzeiten; sogenannte Freie/Libre/Open Source Software im Wettbewerb auf die gleiche Stufe wie gesetzlich geschützte Software stellen; den Gebrauch von offener Standard Software für Informationen, die von bzw. für öffentliche Stellen produziert wurden, einfordern; der Öffentlichkeit freien und uneingeschränkten Zugang zu allen staatlich geförderten Forschungen einräumen.
- sicherstellen, dass Völkerrecht in einer Weise ausgelegt wird,

die Staaten die größtmögliche Flexibilität beim Erlass von Beschränkungen und Ausnahmen einräumt, die ihren kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen; die Entwicklung bindender internationaler Vereinbarungen für verpflichtende Mindestbeschränkungen und Ausnahmen fördern;

- öffentliche Gelder für nicht-patentbasierte Anreizmodelle vorsehen, z.B. Preise für Innovationen, insbesondere auf Gebieten, auf denen sich Patentanreize als ungenügend erwiesen haben, wie bei der Forschung zu vernachlässigten Krankheiten und der Bereitstellung eines kostengünstigen Zugangs zu Medikamenten in Entwicklungsländern.
- Reformen vornehmen, welche die Gewährung oder Verlängerung von Patentrechten begrenzen, wenn diese nicht durch einen Nettogewinn für die Öffentlichkeit gerechtfertigt sind; das Thema der patentierbaren Gegenstände und den damit verbundenen Ideenreichtum genau überprüfen;
- sicherstellen, dass die aktuellen Vorschläge zu einer Reform des globalen Urheber- und Patentrechts Entwicklungsfragen umfassend berücksichtigen und die Auswirkungen auf Entwicklungsländer bewerten;
- die Anstrengungen von Entwicklungsländern zum vermehrten Gebrauch von flexiblen Regelungen, Begrenzungen und Ausnahmen hinsichtlich geistigen Eigentums unterstützen, um damit Ziele der Politik auf Gebieten wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Ernährung und Technologietransfer voranzubringen.

1) Dieser Abschnitt bezieht sich auf und zitiert aus: Global Congress, 2011, *The Washington Declaration on Intellectual Property and the Public Interest*, <http://infojustice.org/washington-declaration>

## **Liste der Unterzeichner**

....

### **Europa:**

ActionAid Nederland (Netherlands)  
Africa-Europe Faith and Justice Network (Europe)  
Africa Roots Movement (Netherlands)  
Afrika Contact (Denmark)  
Afrikagrupperna (Sweden)  
Aitec (France)

Alternative Trade Network (Greece)  
ASEED Europe  
Attac Austria  
Attac France  
Attac Germany  
Attac Hungary  
Attac Spain  
Both ENDS (Netherlands)  
CAWN (UK)  
Clean Clothes Campaign Netherlands  
CNCD (Belgium)  
Colibri (Germany)  
Comhlamh (Ireland)  
Commission For Filipino Migrant Workers (Netherlands)  
Confédération paysanne (France)  
Corporate Europe Observatory (Belgium)  
Dutch section of the Women international league (Netherlands)  
Ecologistas en Accion (Spain)  
European Milk Board  
Fair Trade Advocacy Office (Europe)  
Fairwatch (Italy)  
FIAN Netherlands  
FNV (Netherlands)  
France Amérique Latine (France)  
Friends of the Earth Europe  
GMB (UK)  
Hegoa (Spain)  
Indian Committee of the Netherlands  
KOOP Natin (Netherlands)  
Milieudefensie (Netherlands)  
Misereor (Germany)  
National Peace and Justice Network (UK)  
ODG Catalonia (Spanish State)  
OIKOS (Netherlands)  
Philippinen Buro in Europe  
Platform Aarde Boer Consumer (Netherlands)  
Platform of Filipino Migrant Organisations (Europe)  
Powershift (Germany)  
RESPECT Network in Europe  
SOMO (Netherlands)  
STRO (Netherlands)  
Supermacht (Netherlands)  
Terra Nueva (Italy)  
Trade Justice Movement (UK)  
Traidcraft (UK)  
Transnational Institute (Netherlands)  
TRUSTED Migrants (Netherlands)  
Vedegylet (Hungary)  
La Via Campesina Europe  
War on Want (UK)  
WEED (Germany)  
Wemos (Netherlands)  
XminY (Netherlands)  
Za Zemiata (Bulgaria)

### **Ausserhalb Europas:**

#### Netzwerke und Organisationen für eine ganze Weltregion

Alianza Social Continental (Latin America)  
Common Frontiers (Canada)  
EU-ASEAN regional campaign network (Asia)  
Focus on the Global South (Asia)  
Plataforma interamericana de derechos humanos,

democracia y desarrollo (Latin America)  
Polaris Institute (Canada)  
Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio - Mexico  
Réseau québécois sur l'intégration continentale (Canada)  
Trade Justice Network (Canada)

Nationale Organisationen

Attac Argentina (Argentina)  
Comision nacional de Enlace (Ecuador)  
Ecuador Decide (Ecuador)  
Indonesia for Global Justice (Indonesia)  
Institute for policy studies - Global Economy Project (USA)  
Kromantse Foundation (Ghana)  
Monitoring sustainability of globalization (Malaysia)  
Social Development Cooperative (Ghana)  
Unidad ecologica salvadorena (Salvador)

Menschen und Umwelt zuerst! Unterstützt das Alternative Handelsmandat

E-Mail: [alternativetrademandate@gmail.com](mailto:alternativetrademandate@gmail.com)

Webseite: [www.alternativetrademandate.org](http://www.alternativetrademandate.org)

**ÜbersetzerInnen:** Coeditrad (Stephanie Laimer, Paul Woods und Hans-Hermann Bohrer), Lektorat: TTIP-Gruppe von attac Deutschland und SiG-Redaktion